

U. I. O. G. D. Auf das in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote. Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

ORA ET LABORA. Bete und Arbeit!

25. Jahrgang No 20. Münster, Saal, Donnerstag, den 24 Juni 1926. Fortlaufende No. 1164

Welt-Rundschau.

Die Kritik in der Regierung Frankreichs.

Da es dem französischen Premier Briand nicht gelungen war, anstelle des zurückgetretenen Finanzministers Peret einen passenden Nachfolger zu finden, resignierte das ganze Kabinett am Abend des 15. Juni, und Präsident Doumergue nahm das Abschiedsgesuch an. Und das geschah am selben Tage, an dem die Kammer Briands Gesuch, die Debatte über die Finanzlage und Perets Rücktritt für zwei Tage zu verschließen, mit 309 gegen 195 Stimmen gebilligt hatte. Am folgenden Tage beantragte Doumergue Briand, ein Kabinettskabinett zu bilden, um der neuen Regierung die Unterstützung aller Parteien für die Sanierung der Finanzen zu sichern. Doch scheint ein solches Bestreben hoffnungslos und hat bis jetzt auch noch keinen Erfolg erzielt. Das neue Kabinett soll nämlich die Gruppierung bis zur äußersten Rechten und die Gruppen so weit links, als deren Leiter willens wären, einschließen. Edward Herriot, der frühere Premier und Führer der Radikalen, verweigerte den Eintritt, seine Partei ist gegen einen Anschluss. Auch die Sozialisten bedenklichen, sich bloß an einem rein sozialistischen Ministerium zu beteiligen. Am 18. Juni mußte Briand dem Präsidenten erklären, daß sein Versuch mißglückt sei, und der Präsident forderte Herriot auf, sich der Aufgabe zu unterziehen, welcher auch annahm. Doch kam dieser gar nicht über den Versuch, ein finanzielles Programm aufzustellen, hinaus, das er für notwendig hielt, bevor er an die Auswahl seiner künftigen Kollegen auge. Sowohl er selbst als auch sonst jedermann sah bald ein, daß ein Kabinett Herriot in dieser Zeit eine Unmöglichkeit sei. Somit gab er die Aufgabe auf, welche abermals auf den unvermeidlichen Briand zurückfiel. Dieser soll jetzt sein zehntes Ministerium bilden. Ihm schloß sich Poincare an, und beide bemühen sich, die Ministerkette mit den einflussreichsten Männern aus allen Parteien zu füllen, soweit dies tunlich ist. Poincare ist bereits wieder der alten Gewohnheit verfallen, Vorträge zu schmeißen; er will einen „Seitigen Bund“ schließen nach Art des einstigen Kriegskabinetts. Wie damals das Vaterland gegen Deutschland gerettet wurde, so soll es jetzt gegen den finanziellen Untergang gerettet werden. Doch war jener Kampf ein Kinderpiel gegen den jetzigen: denn damals stand das internationale Kapital aufseiten Frankreichs, jetzt ist dieses selbst der Gegner, und dessen Fängen wird Frankreich nicht entkommen.

Diplomatischen Wege Brasiliens Sinn zu ändern. Da viel ein stabiler, brasilianischer Außenminister vom 14. Juni, das den völligen Austritt Brasiliens aus dem Völkerbunde ankündigte, wie eine Bombe unter die Lügner in Genf. Was die Sache nach schlummer macht, ist eine Rede aus Rio de Janeiro vom 16. Juni, des Inhaltes, daß der Vorkämpfer der Ver. Staaten dem Präsidenten Brasiliens zu dem Schritte gratuliert habe. Das sieht wie Schabensfreude auf Kosten des Völkerbundes aus. Man erinnert sich jetzt wieder der Gerüchte, welche während der Märztagung in Genf im Umlauf waren, daß nämlich die Ver. Staaten damals Brasilien in seiner halsstarrigen Forderung nach einem hängigen Sitz im Völkerbund bekräftigt habe. Ob an diesen Gerüchten etwas Wahres war, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls kam der Hauptdruck auf Brasilien und Spanien von Mitgliedern des Völkerbundes selbst. Man fürchtet in Genf, daß das Beispiel Brasiliens bald Nachahmung finden werde. Vor allem fürchtet man den Austritt Spaniens, dessen Beitritt auf einen hängigen Sitz im Völkerbund gleichfalls ausstehend ist. China hat schon seit längerer Zeit mit dem Austritt gedroht. Argentinien hat seinen Beitritt niemals offiziell retifiziert, obwohl es die Gebühren bezahlt und sich mehrfach an den Arbeiten des Völkerbundes beteiligte. Von den größeren Staaten Südamerikas bleibt nur noch Chile als volles Mitglied des Völkerbundes. Auch Peru wird seit längerer Zeit als ein zweifelhafter Staat angesehen. Manche Diplomaten prophezeien, daß über kurz oder lang der Völkerbund rein europäischen Charakter tragen werde. In mancher Beziehung wäre das gar nicht zu bedauern. Gegenwärtig und für lange Zeit handelt es sich vor allem um die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Europa, und dieser Aufgabe wäre ein rein europäischer Völkerbund voranzugehen, der die wichtigsten Staaten befaßt wäre — am besten gewachsen.

Amerikas Vermittlung in Südamerika mißlungen

General Peribing, der sich allgemein vorzüglich zur Erhaltung von seinen südamerikanischen Truppen in Europa befindet, wird kaum ein heimliches Gefühl der Schadenfreude unterdrücken können, wenn er die neuesten Nachrichten aus Südamerika erhält. Als vor vielen Monaten Präsident Coolidge von den Ver. Staaten das Schiedsgericht übernahm, um den langjährigen Streit zwischen Chile und Peru über die Hoheitsgebiete des südlichen Patagonien-Gebietes in friedlicher Weise zu schlichten, da zweifelte wenigstens in Amerika niemand daran, daß dieses Land sich dort spielend neue Lorbeeren holen könne. Gar mancher mochte General Peribing, den „Kautschiker“ im Weltkrieg, beneidet haben, daß er erkorren wurde, durch Lösung dieser letzten Aufgabe ein neues Ruhmesblatt zu seinen früheren Triumpfen hinzuzufügen. Peribing selbst glaubte natürlich, er würde mit dem alten César fauchen dürfen: „Ich kam — ich sah — ich siegte“, mit besonderem Nachdruck

auf dem Ich. So war es nämlich im Krieg ergangen, wo die Deutschen den Rückschlag begannen, kurz nach dem Verhängnis mit ein paar Millionen früher Soldaten auf dem Kriegsschauplatz erschienen war, so daß er ihnen bloß nachzulaufen brauchte. Die Deutschen waren durch einen dreijährigen Krieg schon vor seiner Ankunft ganz ausgezehrt. — In jenem fraglichen Gebiete Südamerikas sollte ein Fleckchen entscheiden, so wollte es Coolidge. Peribing sollte als Vorkämpfer Chile und Peru bearbeiten, daß von seiner der beiden Nationen der freien Volkstrennung irgendeine Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden. Und Peribing handelte und leistete für Monate und Monate, ohne auch nur den geringsten Erfolg zu erzielen. Jetzt gab er sein Amt auf, und schied sich nach Hause: es war kein Triumphzug, auch keine besten Freunde haben in ihm den geschlagenen Krieger, er galt als ungeschickter Unterhändler. — Peribing erhielt einen Nachfolger in General Laffitte, der aber noch viel schlechter abschnitt als sein Vorgänger. Am 15. Juni erklärte er im Namen der Amerikaner, es könne keine Abmachung vorangemacht werden, da die Garantie zur Zusage eines gerechten Urteils fehlte. Schon am folgenden Tage mußte der chilenische Botschafter in Washington im Namen seiner Regierung erklären, daß die Vermittlungsdienste der Ver. Staaten nicht länger mehr gewünscht seien. Am 19. Juni gab Coolidge die Meinung an, daß Amerika weiter nichts mehr in diesem Streit zu tun vermöge. — Was also Peribing nicht schmecken, gelang auch Laffitte nicht und wäre keinem anderen gelungen. Die Schiedsrichter hat zwar höchst wahrscheinlich bei Chile, das sich auf nichts einlassen will, wodurch sein Bein des ganzen Gebietes in Frage gestellt werden könnte. Aber trotzdem wird Amerika durch das Mißlingen einer Vermittlung in Südamerika viel an Ansehen verlieren.

England und Rußland.

Der englische Leine und der russische Bär sind seit unendlichen Zeiten erbittert aneinander. Da ihre Krieger sich in der Welt so viel bekreuzen, muß auch einmal der alte Streit zwischen England und Rußland für kurze Zeit zusammenbrechen. Als Rußland im Krieg zusammenbrach, nahm Englands Abneigung gegen Rußland zu, weil es sich in seiner Position getraut hat. Noch mehr nahm Rußlands Abneigung gegen England zu, weil es sich von die für nur als Werkzeug zur Erreichung selbständiger Zwecke mißbraucht wählte. Die russische Revolution machte d. Mißvolligkeit unheilbar. Der Leine u. der Bär umkreisen sich, jeder sucht des anderen Schwächen zu erwidern und auszunutzen, der Schaden des einen düst dem anderen als eigener Gewinn. In England selbst und in all seinen Verbündungen ist die Propaganda der russischen Kommunisten außerordentlich tätig und darum der Haß gegen Rußland in englischen Meeresmächten sehr groß. Die Russen in Rußland eine drohende Gefahr für das englische Weltreich. Der erste Versuch des Arbeiterführers MacDonald, als englischer Premier mit Rußland freundschaftliche Verbindungen anzuknüpfen, genierte, um ihn und seine Partei aus dem Amt zu jagen. — Die Zeit des englischen Generalstreikes, welche etwa einen Monat zurückliegt, erdient den russischen Kommunisten als die günstigste Gelegenheit, die Revolution in England zu führen. Deshalb wurde die Bewegung von Rußland aus in jeder möglichen Weise, besonders auch durch die finanzielle Unterstützung der Streiker, gefördert. Nach dem der Generalstreik eingeleitet ist, geht die Unterstützung der Streiker, die noch immer am Streik sind, ununterbrochen weiter. Die englische Regierung behauptet, und das vielleicht nicht ohne Grund, daß nicht bloß die russische Arbeiterkraft, sondern auch die Sowjetregierung es ist, die sich an diesen Unternehmungen beteiligt. Deshalb richtete am 11. Juni die engl. Regierung eine äußerst scharfe Note nach Moskau und protestierte gegen den russischen Versuch, eine Revolution in England herbeizuführen. Die russische Regierung hielt sich natürlich nicht durch die englische Note auf, sondern erklärte, daß die russische Regierung mit den Sowjetregierungen nicht zu tun habe, und überließ es den Arbeitern, die Sache anzutragen. Die Arbeiter haben dem auch in Moskau und vielen anderen Plätzen große Demonstrationen gegen die englische Note veranstaltet und fahren fort, Gelder an die Streiker zu schicken. Sie betrachten die Geldsendungen an die englischen Arbeiter nur als den beabsichtigten Vorwand, den die englische Regierung benutzen will, um die Sowjetregierung herauszufordern. Die Demonstrationen gegen die englische Note sind aber nicht nur in England, sondern auch in anderen Plätzen große Demonstrationen gegen die englische Note veranstaltet und fahren fort, Gelder an die Streiker zu schicken. Sie betrachten die Geldsendungen an die englischen Arbeiter nur als den beabsichtigten Vorwand, den die englische Regierung benutzen will, um die Sowjetregierung herauszufordern.

Abstimmung über Enteignung der deutschen Fürsten. Der Tag der ersten Abstimmung in Deutschland ist vorüber, der 20. Juni hat entschieden, daß Deutschland für den Kommunismus noch nicht reif ist. Zugleich zeigt er aber auch, daß das Land schon gründlich von kommunistischen Prinzipien durchdrungen ist. Trotz aller Äußerungen schiene es den vereinten Kommunisten und Sozialisten nicht, die erforderlichen 20 Millionen Stimmen aufzubringen, um die ehemaligen Fürsten ohne Vergütung ihres Privatbesitzes zu enteignen. In vergangenen März hatten die Kommunisten in Deutschland eine Abstimmung dafür erzwungen, daß die Enteignung der Fürsten von Volke in einem allgemeinen Referendum entschieden werden müsse. Da damals brachten sie für ihren Vorschlag über 12 Millionen Stimmen auf. Da das Gesetz bestimmt, daß bei einem außerordentlichen Referendum nicht die Mehrheit der abwesenden Stimmen entscheidet, sondern nicht die Mehrheit der anwesenden Stimmen, so mußten die Fürsten für die Enteignung aufgebracht werden muß, so mußten die Fürsten für die Enteignung ihre 12 Millionen auf etwa 20 Millionen bringen. Zu diesem Zweck führten sie seit längerer Zeit in allen Landesteilen eine wilde Propaganda, die beim Bären in der letzten Zeit fast an russische Zustände erinnerte. Doch es half alles nichts, sie erwarben nur einen Stimmenzuwachs von etwa 11 Millionen. Statt der erforderlichen 20 Millionen brachten sie es nur auf nahezu 15 Millionen. Die meisten Gelehrten enthielten sich aus Rücksicht vor dem Referendum, was bei einem Referendum ebenfalls wirksam ist als eine neutrale Stimme. Das Resultat der Abstimmung ist für jeden wahren Freund Deutschlands äußerst befriedigend, da das Fortschreiten auf Seite 1.

Von der modernen internationalen Plutokratie.

Die wirtschaftliche Herrschaft Nordamerikas über Europa.

Die Plutokratie Europas erdient geradezu zurecht den Namen der modernen internationalen Plutokratie. Sie durch die Unternehmung der Plutokratie, die noch immer am Streik sind, ununterbrochen weiter. Die englische Regierung behauptet, und das vielleicht nicht ohne Grund, daß nicht bloß die russische Arbeiterkraft, sondern auch die Sowjetregierung es ist, die sich an diesen Unternehmungen beteiligt. Deshalb richtete am 11. Juni die engl. Regierung eine äußerst scharfe Note nach Moskau und protestierte gegen den russischen Versuch, eine Revolution in England herbeizuführen. Die russische Regierung hielt sich natürlich nicht durch die englische Note auf, sondern erklärte, daß die russische Regierung mit den Sowjetregierungen nicht zu tun habe, und überließ es den Arbeitern, die Sache anzutragen. Die Arbeiter haben dem auch in Moskau und vielen anderen Plätzen große Demonstrationen gegen die englische Note veranstaltet und fahren fort, Gelder an die Streiker zu schicken. Sie betrachten die Geldsendungen an die englischen Arbeiter nur als den beabsichtigten Vorwand, den die englische Regierung benutzen will, um die Sowjetregierung herauszufordern.

Table with 2 columns: Country and Amount. Includes entries for France (15,581,975,000), Russia (18,023,650,000), etc.

wirtschaftlich, wie die eben jetzt wieder durch Europa raubende Woge des Kapitalismus zeigt, bekämpfen, um dadurch nur um so leichter eine wirtschaftliche Kolonie Amerika zu werden. Die amerikanische Plutokratie wird den bisher im Inneren Amerikas angewandten wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen in Europa zur Auswirkung bringen können. In Europa beträgt im Durchschnitt der Geschäftsverdienst 10 Prozent des investierten Kapitals, fürs Jahr, in Amerika 30 Prozent! Der amerikanische Kapitalist hat in Europa ein Kapital von 267,000,000 Dollars, also etwa 30 Prozent Gewinn, wenn den amerikanischen Zinsen von 10 Prozent abgezogen werden. Der amerikanische Kapitalist hat in Europa ein Kapital von 267,000,000 Dollars, also etwa 30 Prozent Gewinn, wenn den amerikanischen Zinsen von 10 Prozent abgezogen werden. Der amerikanische Kapitalist hat in Europa ein Kapital von 267,000,000 Dollars, also etwa 30 Prozent Gewinn, wenn den amerikanischen Zinsen von 10 Prozent abgezogen werden.